



**TRANSPARENCY
INTERNATIONAL**
Deutschland e.V.

Die Koalition gegen Korruption.

Transparency International – Deutschland e.V.
Alte Schönhauser Str. 44
D – 10119 Berlin

**SPD-Landtagsfraktion Baden-
Württemberg**
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Nicole Perez
Regionalgruppe Baden-Württemberg
Geschäftsstelle
Alte Schönhauser Str. 44
D-10119 Berlin
Tel.: (+49) (030) 54 98 98- 0
Fax: (+49) (030) 54 98 98- 22
e-mail: rg-bw@transparency.de
www.transparency.de

Berlin, den 18. November 2010

Wahlprüfsteine für Landtagswahl Baden-Württemberg am 27. März 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

Transparency International Deutschland e.V. (kurz: Transparency Deutschland) kämpft seit mehr als 17 Jahren erfolgreich gegen Korruption und setzt sich für mehr Transparenz in allen Bereichen von Wirtschaft, Verwaltung und Politik ein. Zahlreiche Korruptionsfälle im kommunalen Bereich sowie in der Privatwirtschaft zeigen, dass die rechtlichen Anforderungen und Rahmenbedingungen weiterhin stark verbesserungswürdig sind; die Bevölkerung erwartet Reaktionen der politischen Entscheidungsträger.

Wir haben aus Anlass der Landtagswahl 2011 an Ihre Partei einige Fragen zu Themen der Korruptionsbekämpfung und Transparenz, die auch die politischen Verantwortungsträger in Baden-Württemberg betreffen. Wir werden folgende Parteien um eine Stellungnahme zu den untenstehenden Fragen bitten. Diese werden rechtzeitig vor der Wahl den Medien und der Öffentlichkeit vorgestellt.

- CDU Baden-Württemberg
- SPD Baden-Württemberg
- FDP Baden-Württemberg
- Bündnis 90 / Die Grünen Baden-Württemberg
- DIE LINKE Baden-Württemberg
- ödp Baden-Württemberg
- Piratenpartei Baden-Württemberg

Informationsfreiheitsgesetz (IFG)

Transparency Deutschland sieht in mangelnder Transparenz und fehlender Öffentlichkeit einen wichtigen Nährboden für Korruption, Ämterpatronage und Amtsmissbrauch. In mittlerweile elf Bundesländern und auf Bundesebene existiert eine gesetzliche Regelung, die zumindest in Teilen die Amtsverschwiegenheit in eine Öffentlichkeit für staatliche Informationen umkehrt. Die vielfach geäußerten Bedenken gegen eine solche Offenheit haben sich nicht bestätigt. Auch in Großbritannien, Skandinavien oder den USA ist diese Informationsfreiheit fester und erfolgreicher Bestandteil der Bürgerrechte.

1. Begrüßen Sie die Entwicklung, vom Grundsatz der Amtsverschwiegenheit und Nichtöffentlichkeit überzugehen auf mehr Bürgernähe und Öffentlichkeit in einem transparenten Staat oder lehnen Sie dies ab? Bitte begründen Sie eine eventuelle Ablehnung.

2. Halten Sie ein IFG wie in Schleswig-Holstein, NRW, Hamburg, Bremen für ein geeignetes Mittel gegen Politikverdrossenheit und Korruption und werden Sie sich im Landtag für ein IFG in Baden-Württemberg einsetzen?

3. Treten Sie für die Offenlegung von Gutachten ein, die Grundlage für politische Entscheidungen sind, unabhängig von laufenden Verfahren?

Verhaltensregeln für Regierungsmitglieder

Nach dem Ausscheiden aus ihren Ämtern sind frühere politische Amtsträger häufig unmittelbar zu Firmen und Institutionen gewechselt, bei denen sie bezahlte Tätigkeiten mit bemerkenswert problematischem Bezug zu ihren früheren Aufgaben wahrnehmen.

4. Wie stehen Sie zu der Forderung von Transparency Deutschland, zur Vermeidung von Interessenkonflikten für Politiker eine Karenzzeit von drei Jahren nach dem Ausscheiden aus dem Amt einzuführen, wenn ein Zusammenhang zwischen der bisher ausgeübten Tätigkeit und der nach dem Ausscheiden aus dem Dienst beabsichtigten Tätigkeit besteht und dadurch vor oder nach dem Wechsel dienstliche und öffentliche Interessen berührt sein könnten?

5. Unterstützen Sie die Forderung von Transparency Deutschland, dass parteipolitisch unabhängige Ethikräte eine öffentliche Empfehlung aussprechen, ob die nach dem Ausscheiden beabsichtigte Aufnahme einer Tätigkeit genehmigt oder untersagt werden soll?

Nebeneinkünfte von Landtagsabgeordneten

6. Treten Sie dafür ein, im Abgeordnetengesetz des Landes – vergleichbar dem Abgeordnetengesetz des Bundes – finanzielle Offenlegungs- und Veröffentlichungspflichten für „Nebentätigkeiten“ zu verankern?

Lobbyistenregister

Fehlende Transparenz im Bereich Lobbyismus bildet einen potenziellen Nährboden für Korruption. Transparency International unterstützt die Bildung eines Lobbyistenregisters in Baden-Württemberg.

7. Wie stehen Sie zur Einführung eines verpflichtenden, öffentlich einsehbaren Lobbyistenregisters auf Landesebene?

Arbeit und Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden

Nach den positiven organisatorischen Veränderungen bei Polizei und Staatsanwaltschaften sind Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung festzustellen. Trotzdem besteht bei den Strafverfolgungsbehörden schon jetzt und vor dem Hintergrund weiter steigender Fallzahlen ein erheblicher Personalmangel.

8. Werden Sie sich für personelle Verbesserungen bei Polizei, Justiz und Finanzbehörden einsetzen?